Der Steinkohlenbesitz des Unternehmens ist, wie der gesamte Kohlenbergbau, durch die britische Militärregierung dem Gesetz 52 unterstellt worden. Sein endgültiges Schicksal ist noch nicht abzusehen.

Die Währungsreform hat die flüssigen Mittel der Gesellschaft, die sich am Stichtag auf etwa RM 20 000 000.— beliefen, auf 6 % zusammenschrumpfen lassen. Nach der Eigenart des Unternehmens ist es von der Währungsreform besonders fühlbar betroffen worden, da seine Produkte bis zum letzten Tag vor der Reform laufend abgesetzt wurden und es sich nicht durch die Veräußerung alter Warenbestände irgendeine Erleichterung verschaffen konnte.

Die Ereignisse seit dem Zusammenbruch konnten auch für die Organisation der Gesellschaft nicht ohne Folgen bleiben. Schon Anfang März 1945, als eine geregelte Arbeitsweise in Berlin bereits unmöglich geworden war, verlegte die Gesellschaft nach einer schweren Beschädigung des Berliner Verwaltungsgebäudes größere Teile der Hauptverwaltung nach Wietze, wo sie in räumlicher Anlehnung an einen bestehenden Betrieb untergebracht werden konnte. Nachdem der Gesellschaft im Jahre 1947 auch die letzten mitteldeutschen Betriebe entzogen worden waren, verlegte sie durch Beschluß der H.-V. vom 5. 11. 1947 ihren Sitz von Berlin nach Hamburg, wo sie schon immer eine Niederlassung unterhielt. In Berlin verblieb eine Zweigniederlassung, der die Wahrnehmung der Berliner Interessen anvertraut ist.

Es ist schwer, angesichts der politisch wie wirtschaftlich gleich ungeklärten Gesamtlage zuverlässige Angaben über die **künftige Entwicklung der Gesellschaft** zu machen. Daß sie die Amputation ihrer mitteldeutschen und österreichischen Glieder lebensfähig überstanden hat, ist der Gesellschaft aus den Erfahrungen der zurückliegenden Jahre zur sicheren Gewißheit geworden. Dies berechtigt sie zu einer zuversichtlichen Beurteilung der Zukunft, die nach ihren Plänen im Zeichen einer Verstärkung der Aufschlußtätigkeit stehen und damit die Grundlage für eine Erhöhung ihrer Rohölproduktion legen soll. Gleichzeitig erwartet die Gesellschaft, im kommenden Jahr wieder fester in der Rohölverarbeitung Fuß zu fassen. In letzter Zeit sind Importe ausländischen Rohöls wieder angelaufen und die Tendenz geht dahin, zur Deviseneinsparung mit zunehmender Verarbeitung ausländischen Rohöls die Einfuhr von Fertigprodukten zu drosseln. Die Gesellschaft wird ihre technische Ausrüstung zu ergänzen und auf den neuesten Stand zu bringen haben. Sie richtet ihr besonderes Augenmerk auf dieses Ziel, von dem sie annimmt, daß es auch durch Belieferungen im Rahmen des Marshall-Planes gefördert werden wird. Die jüngst erreichte Konsolidierung der Verhältnisse in der Steinkohle läßt die Gesellschaft hoffen, daß das Finanzierungsproblem für notwendige Investitionen auch in dieser Sparte einer befriedigenden Lösung zugeführt werden kann.

Betriebsverlauf 1946.

Die **Rohölförderung** ging infolge des natürlichen Förderabfalls der produzierenden Felder weiter auf 140 000 t zurück, da die noch stagnierende Aufschlußtätigkeit keinen Ausgleich durch Auffindung neuer Produktionsgebiete schaffen konnte. Andererseits aber nahm der Anteil selbstverarbeiteten Rohöls durch die Inbetriebnahme der neuerrichteten Anlage in Wietze wieder zu.

Bei den **Steinkohlenbetrieben** machten sich die ersten Anzeichen einer Aufwärtsentwicklung bemerkbar. Die Förderung stieg auf 1,4 Mill. t, die Schichtförderleistung auf 0,88 Mill. t.

Kohlenförderung und Briketterzeugung der Braunkohlenbetriebe der Gesellschaft stellten sich auf 6,1 Mill. t bzw. 2,1 Mill. t.

Die Leistungsziffern der Mineralölwerke Rositz liegen dem Unternehmen nicht mehr vor, da diese Werke um die Mitte des Jahres 1946 enteignet und einem Sowjetischen Kombinat einverleibt wurden. Bodenreform und weitere Enteignungsmaßnahmen lösten aus dem Gefüge der Braunkohlenbetriebe der Gesellschaft wertvolle Teile heraus. Auch der zunächst noch verbliebene Rumpfbetrieb ging 1947 durch Enteignung verloren. Die Gesellschaft bestreitet die Rechtmäßigkeit dieser Maßnahmen, für welche gesetzliche Grundlagen selbst nach der Gesetzgebung der Ostzone nicht vorhanden sind.

Tochtergesellschaften und Beteiligungen.

Die Umwälzung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse ist auch bei den Tochtergesellschaften und Betei-

ligungen nicht ohne Einfluß geblieben. Diejenigen, welche in Oesterreich oder im sonstigen Ausland tätig waren, gingen verloren. Soweit sie ihren Sitz in der Ostzone hatten, wurden auch sie von den Enteignungsmaßnahmen ergriffen. Keiner blieb von unmittelbaren oder mittelbaren Kriegsschäden verschont. Trotzdem haben sie sich — soweit im Westen belegen — zu behaupten vermocht und die Entwicklung, die sie in der Zwischenzeit genommen haben, berechtigt zu der Hoffnung, daß sie ihre Stellung noch weiter festigen und aufbauen werden.

Im einzelnen ist über sie folgendes zu sagen:

Am verhältnismäßig besten haben die **Ölhandelsgesellschaften** des Unternehmens die Nachkriegszeit überstanden. In 1946 blieben die im Kriege verfügten Einschränkungen ihrer Verkaufstätigkeit zwar noch zum größten Teil aufrechterhalten. Mit Beginn des Jahres 1947 begannen sie aber schrittweise ihre Handlungsfreiheit zurückzuerlangen.

Die **westdeutsche**, in der Firma Stöck & Fischer G. m. b. H. zusammengefaßte **Kohlenhandelsorganisation** blieb trotz kriegs- und nachkriegsbedingter Einbußen intakt. Der Mangel an Brennstoffen hat das Handelsgeschäft erschwert. Durch Umschlagstätigkeit und Schifffahrt konnte ein Ausgleich geschaffen werden. Wenn die neuere Entwicklung anhält, dürfte die kritische Nachkriegsphase als überwunden angesehen werden.

Die **mitteldeutsche Kohlenhandelsorganisation** verfiel im Zuge der dortigen Enteignungsmaßnahmen der Auflösung. Soweit ihr Absatzgebiet in die Westzone ausstrahlte, konnte die Gesellschaft durch geeignete organisatorische Maßnahmen ihre Interessen wahren.

Die der Gesellschaft nahestehenden **Wachwarenfabriken** litten unter der Beschädigung ihrer Anlagen durch Luftangriffe und hatten mit Rohstoffschwierigkeiten zu kämpfen. Auch sie haben jedoch inzwischen die hauptsächlichsten Schwierigkeiten überwunden und befinden sich in aufsteigender Entwicklung.

Die **Gebhardt & Koenig Deutsche Schachtbau A.-G.** in Nordhausen, an der die Gesellschaft maßgeblich beteiligt ist, verstand es, nach Kriegsende trotz zahlreicher Schwierigkeiten wieder in Gang zu kommen. Sie gründete in der britischen Zone eine Zweigniederlassung; diese Zweigniederlassung wurde im Jahre 1946 rechtlich verselbständigt und ging im Jahre 1947 ganz in den Besitz der Gesellschaft über, nachdem der Nordhäuser Betrieb des Stammhauses zugunsten des Thüringischen Staates enteignet worden war.

Die **Edeleanu Gesellschaft m. b. H.**, deren Arbeitsgebiet der Bau von Raffinationsanlagen nach ihren Spezialverfahren ist, wurde wegen des Verlustes ihres Auslandsgeschäftes von den Kriegs- und Nachkriegereignissen hart betroffen. Sie hat ihren Sitz von Berlin nach Frankfurt (Main) verlegt. Ihre künftige Entwicklung läßt sich noch nicht übersehen.

Zum letzten **Jahresabschluß** wird bemerkt:

Der Zugang unter den **Beteiligungen** in Höhe von RM 478000.— stellt wirtschaftlich nur eine Umgruppierung dar, da diese Beteiligungen von einer Tochtergesellschaft erworben wurden. Die Wertberichtigung auf Beteiligungen von rund RM 9,5 Mill. gilt der Beteiligung an der Braunkohlen-Benzin A.-G., deren sämtlich in der russischen Zone belegenen Betriebe teils demontiert, teils zugunsten einer sowjetischen Aktiengesellschaft enteignet worden sind.

Bei den **Rückstellungen** ist der Posten „**Vorschuß North German Coal Control**“ bemerkenswert. Das rechtliche Schicksal dieser Zahlungen, die zunächst passiviert werden mußten, ist noch in der Schwebe. Nach dem gegenwärtigen Stand der Verhandlungen (Zeitpunkt des Vorstandsberichtes Oktober 1948), welche die Deutsche Kohlenbergbau-Leitung mit den zuständigen deutschen und alliierten Instanzen führt, erwartet die Gesellschaft, daß in naher Zukunft eine Regelung zustande kommt, die ihre Steinkohlenbetriebe der Notwendigkeit enthebt, den in der Bilanz ausgewiesenen Betrag zurückzuzahlen.

Verbindlichkeiten aus der Begebung von Wechseln oder Schecks haben nicht bestanden. Die Haftung nach § 24 des GmbH-Gesetzes für Kapitaleinzahlungsverpflichtungen anderer Gesellschafter stellte sich Ende 1944 auf RM 3 869 775.—, Ende 1945 und 1946 auf je RM 40 500.—.